Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

TERRITORIALE DIMENSION STÄRKEN

EMPFEHLUNGEN FÜR EINE ORTSBEZOGENE EU-STRUKTURPOLITIK NACH 2028

Die Erarbeitung der Publikation erfolgte durch den Deutschen Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung (DV) im Rahmen des Programms *Region gestalten* des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) in Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR).

Gefördert durch:

Bundesministerium
für Wohnen, Stadtentwicklung
und Bauwesen

Region *gestalten*

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Inhalt

1 Hintergrund 4

2 Empfehlungen für eine starke Territoriale Dimension im Mehrebenensystem der EU-Strukturpolitik 7

2.1 Empfehlungen an die EU-Institutionen 8

Integrierte territoriale Entwicklung verbindlich absichern 8

Eine thematische Bandbreite für integrierte territoriale Entwicklung sichern 9

Strategieentwicklung und Regionalmanagement förderfähig machen 9

Bestehende territoriale Strategien als Grundlage anerkennen 10

Fachliche Begleitung der Territorialen Dimension auf EU-Ebene stärken 10

Zugang zum Wettbewerbsfonds für Kommunen und Regionen sichern 11

2.2 Empfehlungen an die Mitgliedstaaten 13

Territoriale Dimension in den NRPPs besonders berücksichtigen 13

Städtische, ländliche und funktionale Räume komplementär fördern 13

Kofinanzierung und Kombination mit nationalen Mitteln erleichtern 14

Regionen mit geringeren Kapazitäten gezielt unterstützen 14

Begleitung der Territorialen Dimension national organisieren 15

3 Ausblick 17

4 Literaturverzeichnis 18

IMPRESSUM 19

1
Hintergrund

Die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2028–2034[1] der Europäischen Union entscheiden nicht nur über die künftige finanzielle Ausstattung der EU-Strukturpolitik, sondern auch über deren Steuerungslogik. Mit den vorgeschlagenen Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPPs) rückt ein stärker national gebündelter Programmierungsansatz in den Mittelpunkt, verbunden mit größerer thematischer Offenheit und einer stärkeren Ergebnisorientierung. Dies kann Vereinfachung und Flexibilität ermöglichen, birgt jedoch zugleich das Risiko, regionale und lokale Handlungsspielräume zu verringern, wenn territoriale Ansätze nicht verbindlich abgesichert werden.

Der Verordnungsvorschlag[2] der Europäischen Kommission zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und zum Kohäsionsfonds für den Zeitraum 2028–2034 sowie der übergeordnete Vorschlag zur Einrichtung des Fonds für national-regionale Partnerschaften (NRP-Verordnung) enthalten hierfür wichtige Anknüpfungspunkte. Zu begrüßen ist, dass die Vorschläge weiterhin den Abbau regionaler Ungleichgewichte, die Förderung strukturschwacher Regionen sowie Investitionen in die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aller Regionen und Städte der Europäischen Union in den Mittelpunkt stellen. Damit bleibt die territoriale Kohäsion ein zentraler Bezugspunkt der künftigen EU-Strukturpolitik. Entscheidend wird jedoch sein, diese Zielsetzung in den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen (NRPPs) mit klaren Zuständigkeiten, Budgets und Umsetzungsstrukturen zu unterlegen.

1 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/eu-budget/long-term-eu-budget/eu-budget-2028-2034_en?prefLang=de, (abgerufen am 04.08.2026).

2 Europäische Kommission 2025: Vorschlag für eine Verordnung zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028–2034, COM(2025) 565 final, 2025/0240(COD). URL: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=CELEX:52025PC0565R(01), (abgerufen am 24.08.2026).

Damit diese Verankerung gelingt, braucht es ein klares Verständnis davon, was unter der Territorialen Dimension in der EU-Strukturpolitik zu verstehen ist. Dieses Papier legt dafür ein Verständnis zugrunde, das vier Elemente miteinander verbindet:

1. Integrierte Entwicklung:
Investitionen sollen sektorübergreifend wirken und wirtschaftliche, soziale, ökologische und infrastrukturelle Ziele zusammenführen. Eine territoriale Strategie darf nicht lediglich eine Sammlung förderfähiger Einzelprojekte sein, sondern muss Prioritäten, Wirkungslogik und räumliche Bezüge verbinden.

2. Ortsbezug:
Förderung muss unterschiedliche räumliche Ausgangslagen, Disparitäten, Potenziale und funktionale Verflechtungen berücksichtigen. Nicht administrative Grenzen allein, sondern reale Entwicklungsräume – Stadtregionen, ländliche Verflechtungsräume, Stadt-Land-Kooperationen, Grenzräume, Transformationsregionen – sollen die Förderlogik prägen.

3. Mehrebenen-Governance und lokale Beteiligung:
Territoriale Entwicklung entsteht durch das Zusammenwirken von EU, Mitgliedstaaten, Regionen, Kommunen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und lokalen Akteuren. Lokale und regionale Gebietskörperschaften sind nicht nur Endbegünstigte, sondern Träger von Wissen, Koordination und Umsetzung.

4. Strategie zur Verringerung von Ungleichheiten und zur Stärkung von Innovationen:
Die Territoriale Dimension zielt darauf ab, räumliche, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten abzubauen und zugleich Innovationspotenziale zu mobilisieren. Dafür müssen Investitionen gezielt in Räume gelenkt werden, die von strukturellen Benachteiligungen oder europäisch mitverursachtem Transformationsdruck geprägt sind und bei deren Bewältigung europäische Unterstützung einen klaren Mehrwert bietet.

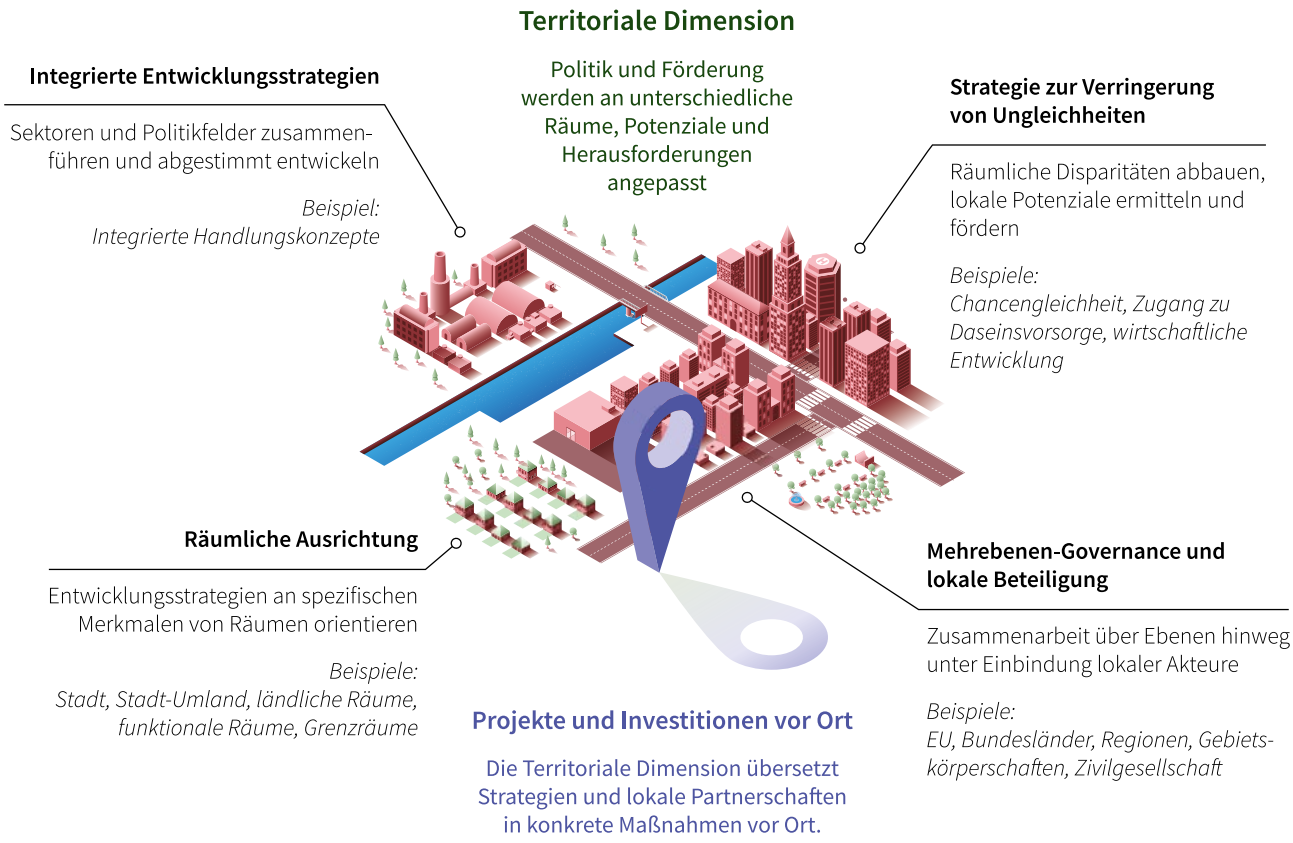


Abbildung 1: Vier Elemente einer Territorialen Dimension (eigene Darstellung, 2026)

Die Territoriale Dimension beschreibt somit die Fähigkeit der EU-Strukturpolitik, EU-Förderung nicht nur für sektorale Einzelprojekte, sondern räumlich differenziert, integriert und partnerschaftlich einzusetzen. Sie fragt nicht nur, welche Themen gefördert werden, sondern wo, mit wem, in welcher funktionalen Raumkulisse und mit welchem Beitrag zur langfristigen Entwicklung.

Für eine ortsbezogene EU-Strukturpolitik ist entscheidend, dass die neuen Programmierungen nicht zu rein nationalen Reform- und Investitionsplänen führen. Die territoriale Vielfalt Europas, von Metropolräumen über Großstädte, Klein- und Mittelstädte bis hin zu ländlichen Räumen, verlangt weiterhin eine Förderarchitektur, die räumliche Unterschiede erkennt und in konkrete Entwicklungsstrategien übersetzt. Damit umfasst die Territoriale Dimension neben den regionalen Entwicklungsstrategien in ländlichen Räumen auch die Städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik, die eine nachhaltige Stadtentwicklung beinhaltet. Eine zentrale Herausforderung besteht daher darin, die Territoriale Dimension innerhalb der NRPPs verbindlich, sichtbar und finanziell belastbar zu verankern.

Die Studie[3] „Die Territoriale Dimension der EU-Strukturpolitik in Deutschland“ zeigt, dass integrierte territoriale Ansätze in den Förderperioden 2014–2020 und 2021–2027 bereits vielfältig genutzt werden. Sie untersucht Förderansätze in sechs Bundesländern in Deutschland und fragt, wie integrierte territoriale Ansätze umgesetzt werden, welche Potenziale und Hemmnisse im Mehrebenensystem bestehen und wie eine kohärente Förderung ab 2028 gesichert werden

3 Abrufbar unter: https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/Territoriale_Dimension_DE.pdf, (abgerufen am 30.06.2026).

kann. Die zentralen Befunde sind für die Förderperiode nach 2027 unmittelbar relevant. Fast alle Bundesländer nutzen territoriale Instrumente, um integrierte Ansätze regionaler oder städtischer Entwicklung zu fördern. Die Förderpraxis zeigt zugleich eine große thematische Bandbreite, unter anderem Energieeffizienz, Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation, Mobilität, Brachflächenreaktivierung und Daseinsvorsorge, sowie unterschiedliche räumliche Zuschnitte, etwa funktionale Regionen, Städte, Quartiere und interkommunale Kooperationen. Auch europäische Studien[4] belegen, dass integrierte territoriale Entwicklung zu einem zentralen Baustein der EU-Strukturpolitik geworden ist, zugleich aber stark von Verwaltungsmodellen, regionalen Kapazitäten, Beteiligungstiefe und der tatsächlichen Delegation von Verantwortung abhängt.

Vor diesem Hintergrund formuliert das vorliegende Papier Handlungsempfehlungen für die zentralen Akteure und Institutionen im Mehrebenensystem der EU-Strukturpolitik – auf europäischer und nationaler Ebene. Grundlage sind die Ergebnisse der zuvor erwähnten Studie „Die Territoriale Dimension der EU-Strukturpolitik in Deutschland“ sowie der Untersuchung zur „Städtischen Dimension in der EU-Strukturpolitik und Förderung in Deutschland“[5], ergänzt durch den fachlichen Austausch mit Partnern aus Europa sowie mit Akteuren aus den deutschen Bundesländern, die EU-Fördermittel bereits aktiv für integrierte territoriale Entwicklungsansätze nutzen.

4 Abrufbar unter: https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC145955, (abgerufen am 30.06.2026).

5 Abrufbar unter: https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Studien/2025-01-06_Bericht_Staedt-Dimension_Langfassung_DE_26.pdf, (abgerufen am 08.07.2026).

2

Empfehlungen für eine starke Territoriale Dimension im Mehrebenensystem der EU-Strukturpolitik

2.1 Empfehlungen an die EU-Institutionen | ab Seite 8

2.2 Empfehlungen an die Mitgliedstaaten | ab Seite 13

2.1
Empfehlungen an die EU-Institutionen

Integrierte territoriale Entwicklung verbindlich absichern

Die EU-Institutionen, bestehend aus Kommission, Rat und Parlament, sollten sich dafür einsetzen, dass die Territoriale Dimension im künftigen Verordnungsrahmen als eigenständiges Strukturprinzip der EU-Strukturpolitik abgesichert wird. Dazu gehört, dass integrierte territoriale Entwicklung nicht nur als optionale Umsetzungsmethode erhalten bleibt, sondern als verbindlicher Bestandteil der NRPPs, der Fondsarchitektur und der Programmsteuerung verankert wird. Insbesondere sollten die bewährten territorialen Instrumente – Integrierte Territoriale Investitionen (ITI), Community-Led Local Development (CLLD) und sonstige territoriale Instrumente – erhalten und weiterentwickelt werden. Gerade die Kategorie „sonstige territoriale Instrumente“ ist für Deutschland wichtig, weil sie nationale und regionale Eigenlösungen ermöglicht und damit die notwendige Flexibilität für unterschiedliche Raumtypen und regionale Planungsansätze ermöglicht.

Zu begrüßen ist, dass Artikel 75 des Vorschlags für die NRP-Verordnung einen flexiblen Rahmen für Strategien der integrierten territorialen Entwicklung und Stadtentwicklung vorsieht. Die Unterstützung territorialer Entwicklung soll auf integrierten Strategien beruhen, unterschiedliche Raumtypen und Gebietskulissen erfassen sowie funktionale Gebiete und ortsbezogene Ansätze berücksichtigen können. Damit greift der Vorschlag zentrale Anliegen einer ortsbezogenen EU-Strukturpolitik auf. Dieser Rahmen sollte im weiteren Verfahren erhalten, finanziell unterlegt und in den NRPPs operativ wirksam ausgestaltet werden. Der angelegte Partnerschaftsansatz mit nationalen, regionalen und lokalen Behörden ist dabei ausdrücklich zu begrüßen. Bundesländer, Regionen, Städte und Gemeinden sollten frühzeitig in territoriale Analysen, Prioritätensetzung, Mittelplanung und Umsetzung eingebunden werden, damit die Förderarchitektur den tatsächlichen räumlichen Bedarfen entspricht.

Eine thematische Bandbreite für integrierte territoriale Entwicklung sichern

Die EU-Institutionen sollten sicherstellen, dass integrierte territoriale Entwicklungsansätze auch ab 2028 eine Breite von Themen adressieren können. Territoriale Strategien greifen in der Regel mehrere Handlungsfelder gleichzeitig auf, etwa wirtschaftliche Transformation, Klimaanpassung, Mobilität, Daseinsvorsorge, soziale Infrastruktur, Innovation, Fachkräftesicherung oder Flächenentwicklung. Deshalb darf die künftige Förderarchitektur nicht zu eng entlang sektoraler Prioritäten zugeschnitten werden.
Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die Verordnungsvorschläge integrierte Stadt- und Raumentwicklung sowie territoriale Entwicklung nicht eng sektoral verstehen, sondern mit einem breiten Themenspektrum verbinden. Die ausdrückliche Bezugnahme auf Umwelt, Energie, Klima, Wohnraum, Armut, kulturelles Erbe, digitale Technologien, funktionale Stadtgebiete und Stadt-Land-Verbindungen entspricht dem Grundverständnis integrierter territorialer Entwicklung. Diese Breite sollte im weiteren Verfahren erhalten bleiben und in den NRPPs so ausgestaltet werden, dass Städte, Stadt-Umland-Räume und ländliche Teilräume komplementär unterstützt werden können.

Strategieentwicklung und Regionalmanagement förderfähig machen

Der EU-Verordnungsrahmen sollte vorsehen, dass Strategieentwicklung, Netzwerkaufbau und Regionalmanagement für alle territorialen Instrumente förderfähig sind. Integrierte territoriale Entwicklung benötigt tragfähige Kooperationsstrukturen, Moderation, Projektentwicklung, Beteiligung, Abstimmung zwischen Akteuren und kontinuierliches Management.
Gerade neue oder noch nicht gefestigte regionale Partnerschaften können diese Aufgaben nicht allein aus eigenen Ressourcen leisten. Deshalb sollten Mittel für Strategieentwicklung und Regionalmanagement systematisch in den territorialen Instrumenten verankert werden. Dies würde die Qualität der Strategien verbessern, die Entwicklung förderfähiger Projekte erleichtern und die Umsetzungsfähigkeit der Regionen stärken.

Bestehende territoriale Strategien als Grundlage anerkennen

Die EU-Institutionen sollten aber auch klarstellen, dass integrierte territoriale Förderung nicht zwingend die Erstellung vollständig neuer Strategien voraussetzt. Zu begrüßen ist, dass Artikel 75 des Vorschlags für die NRP-Verordnung bereits einen flexiblen Rahmen für integrierte territoriale und städtische Entwicklung vorsieht und dabei auch auf Strategien Bezug nimmt, die in der Förderperiode 2021–2027 mit Unterstützung von EU-Instrumenten entwickelt wurden. Dort, wo bereits belastbare integrierte Stadtentwicklungskonzepte, regionale Entwicklungskonzepte, Zukunftskonzepte, Smart-Specialisation-Strategien, Stadt-Umland-Strategien oder vergleichbare territoriale Strategien bestehen, sollten diese als Grundlage für territoriale Förderung genutzt oder gezielt aktualisiert werden können.
Dies vermeidet unnötige Planungsbürokratie und beschleunigt den Übergang von der Strategie zur Umsetzung. Neue Strategien sollten vor allem dort erforderlich sein, wo noch keine geeigneten Grundlagen bestehen oder wo neue regionale Kooperationen aufgebaut werden. Entscheidend sollte nicht die formale Neuerstellung eines Dokuments sein, sondern die Qualität der territorialen Analyse, der integrierten Zielsetzung, der Partnerschaft und der Umsetzungsfähigkeit.

Fachliche Begleitung der Territorialen Dimension auf EU-Ebene stärken

Die EU-Institutionen sollten die Territoriale Dimension nicht nur rechtlich ermöglichen, sondern im Rahmen bestehender Institutionen, Verfahren und Prozesse aktiv begleiten. Dazu braucht es eine bessere Verbindung von Governance, Monitoring, Wissenstransfer und Kapazitätsaufbau. Das STRAT-Board[1] kann hierfür weiterentwickelt werden: Es sollte nicht nur integrierte territoriale Strategien kartieren, sondern auch Informationen zu Budgets, Umsetzungsmodellen, Governance-Strukturen, Ergebnissen, Kapazitäten und Lernerfahrungen systematisch verfügbar machen.

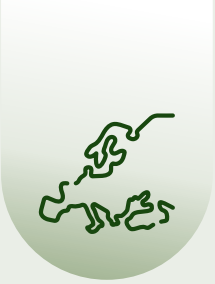
1 STRAT-Board ist ein interaktives Instrument der Europäischen Kommission/JRC zur Erfassung und Visualisierung integrierter territorialer Entwicklungsstrategien im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. URL: https://territorial.ec.europa.eu/sustainable-development/strategies/strat-board/?lng=en, (abgerufen am 10.08.2026).

Dabei sollte der Aufbau neuer Strukturen und Verfahren vermieden werden. Stattdessen sollten vorhandene europäische Begleit-, Monitoring- und Austauschformate so genutzt und weiterentwickelt werden, dass territoriale Ansätze besser sichtbar, vergleichbar und lernorientiert ausgewertet werden können. So ließe sich die Territoriale Dimension evidenzbasiert verfolgen und im Rahmen der bestehenden Programmsteuerung politisch nachsteuern.

Zugang zum Wettbewerbsfonds für Kommunen und Regionen sichern

Der Europäische Wettbewerbsfonds sollte komplementär zur EU-Strukturpolitik wirken und dazu beitragen, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Transformation dort zu stärken, wo sie in konkrete territoriale Strategien, regionale Partnerschaften und investive Vorhaben vor Ort übersetzt werden. Er sollte territoriale Innovations- und Transformationskapazitäten ergänzen. Es sollten lokale und regionale Gebietskörperschaften, ihre Agenturen und öffentliche Dienstleister als förderfähige Akteure und Umsetzungspartner anerkannt werden. Städte, Regionen und Gemeinden übersetzen Wettbewerbsfähigkeit in konkrete Investitionspipelines, öffentliche Dienstleistungen, industrielle Transformation, Energieprojekte und sichtbare Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger. Der Wettbewerbsfonds könnte an bestehende territoriale Innovationssysteme anschließen. Regionale Innovationsökosysteme und lokale Transformationsstrategien sollten als Umsetzungsplattformen genutzt werden. So lassen sich Doppelstrukturen vermeiden und die Qualität der Projekte verbessern.

Regionale Partnerschaften



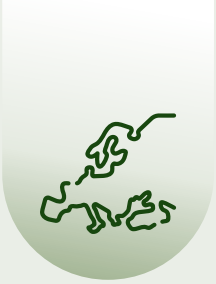
2.2
Empfehlungen an die Mitgliedstaaten

Territoriale Dimension in den NRPPs besonders berücksichtigen

Die Mitgliedstaaten sollten die NRPPs als Instrument einer ortsbezogenen EU-Strukturpolitik nutzen. Die Territoriale Dimension kann dabei dazu beitragen, unterschiedliche räumliche Entwicklungsbedarfe innerhalb eines gemeinsamen nationalen Rahmens zusammenzuführen und integrierte Ansätze strategisch zu programmieren. Mitgliedstaaten sollten deshalb anstreben, integrierte Stadt-, Regional- und funktionale Entwicklungsstrategien in den NRPPs finanziell und programmatisch sichtbar zu verankern und ihre Umsetzung gezielt zu stärken.

Städtische, ländliche und funktionale Räume komplementär fördern

Die Mitgliedstaaten sollten in ihren NRPPs gezielt auf die spezifischen Gegebenheiten städtischer, ländlicher und funktionaler Räume eingehen. Grundlage hierfür sollten regionale und territoriale Analysen sein, die unterschiedliche Ausgangslagen, Entwicklungspotenziale, funktionale Verflechtungen und besondere Unterstützungsbedarfe systematisch erfassen. Dabei sollten insbesondere jene Städte, Regionen und Teilräume berücksichtigt werden, die im Sinne der Kohäsion vor besonderen strukturellen Herausforderungen stehen oder erhöhte Transformationsbedarfe aufweisen.
Zu begrüßen ist, dass der Verordnungsvorschlag für den EFRE und Kohäsionsfonds ausdrücklich auf benachteiligte Regionen und Gebiete verweist und für diese Räume integrierte Ansätze in den Nationalen und Regionalen Partnerschaftsplänen vorsieht. Diese Orientierung sollte in der Umsetzung konsequent genutzt werden, um territoriale Analysen, besondere Unterstützungsbedarfe und konkrete Investitionsprioritäten miteinander zu verbinden. Gerade Städte, Regionen und Teilräume mit strukturellen Benachteiligungen, demografischen Herausforderungen oder erhöhtem Transformationsdruck sollten dadurch gezielt gestärkt werden.



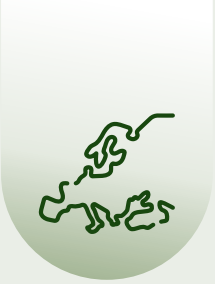
Städtische, ländliche und funktionale Räume sollten dabei als miteinander verflochtene Entwicklungsräume verstanden und ihre jeweiligen Potenziale im Rahmen einer integrierten territorialen Entwicklung komplementär gefördert werden. Zentren unterschiedlicher Größe, zentrale Orte, Stadt-Umland-Räume, ländliche Teilräume, Transformationsregionen und Grenzräume sind funktional eng miteinander verbunden. Die NRPPs sollten diese Verflechtungen aufgreifen, regionale Bedarfe systematisch abbilden und mit konkreten Investitionsprioritäten, Zuständigkeiten und Budgets unterlegen.

Kofinanzierung und Kombination mit nationalen Mitteln erleichtern

Die Mitgliedstaaten sollten die Kombination von EU-Mitteln mit nationalen, regionalen und kommunalen Finanzierungsquellen erleichtern. Gerade integrierte territoriale Ansätze werden häufig von Kommunen, regionalen Kooperationen oder öffentlichen Trägern umgesetzt, die nur begrenzte Eigenmittel einbringen können. Bundes- und Landesmittel sollten daher gezielt genutzt werden, um tragfähige Kofinanzierungsmodelle zu ermöglichen und die Eigenanteile der Projektträger realistisch zu halten. Dabei sollten Mitfinanzierung, Vorfinanzierung und Komplementärmittel so ausgestaltet werden, dass finanzschwächere Räume nicht von integrierter territorialer Förderung ausgeschlossen werden.

Regionen mit geringeren Kapazitäten gezielt unterstützen

Die Mitgliedstaaten sollten Regionen mit geringeren administrativen Kapazitäten, schwächeren Kooperationsstrukturen oder begrenzten personellen Ressourcen gezielt unterstützen. Gerade diese Räume haben häufig einen hohen Bedarf an integrierter territorialer Entwicklung, können aber die komplexen Anforderungen der EU-Förderung nicht immer aus eigener Kraft bewältigen. Erforderlich sind niedrigschwellige Beratungsangebote, Unterstützung bei Strategieentwicklung und Projektqualifizierung, Förderung von Regionalmanagement sowie Hilfe bei Vergabe, Beihilferecht, Kofinanzierung und Monitoring.



Ergänzend sollten Förderlotsen auf kommunaler oder regionaler Ebene gestärkt werden, die lokale Akteure bei der Identifikation geeigneter Förderzugänge, der Entwicklung förderfähiger Projekte und der Antragstellung begleiten.
Territoriale Förderung darf nicht nur jenen Regionen zugutekommen, die bereits über starke Verwaltungs- und Netzwerkstrukturen verfügen. Die technische Hilfe könnte entsprechend gezielt für territoriale Kapazitäten eingesetzt werden. Viele integrierte Ansätze scheitern nicht am Mangel an Ideen, sondern am Fehlen von Projektentwicklungskapazitäten, Kofinanzierungsmanagement, Vergabekompetenz, Monitoring oder interkommunaler Koordination. Technische Hilfe sollte daher auch lokale und regionale Träger direkt erreichen und insbesondere dort wirksam werden, wo besonderer Unterstützungsbedarf im Sinne der Kohäsion besteht.

Begleitung der Territorialen Dimension national organisieren

Die Mitgliedstaaten sollten einen strukturierten Austausch zu integrierten territorialen Instrumenten auf nationaler Ebene organisieren. Ein nationaler Austausch könnte Verwaltungsbehörden und zwischengeschaltete Stellen, Fachressorts, Regionen, Kommunen, Regionalmanagements und relevante Bundesstellen einbeziehen. Er sollte Erfahrungen zu Strategieentwicklung, Raumkulissen, Governance, Projektauswahl, Kofinanzierung, Indikatorik und Vereinfachung systematisch auswerten. Die technische Hilfe der EU-Strukturpolitik könnte für solche Austauschformate gezielt genutzt werden.
Ein solcher Austausch sollte den Wissenstransfer über Ressort- und Ebenengrenzen hinweg zur Territorialen Dimension in der neuen Programmierungslogik begleiten. Gerade weil territoriale Entwicklung Querschnittspolitik ist, müssen sektorale Programme mit räumlichen Bedarfen abgestimmt werden. Von diesem Austausch können alle Verwaltungseinheiten profitieren. Der Austausch könnte nicht nur gute Beispiele verbreiten, sondern auch Umsetzungsprobleme sichtbar machen.

3
Ausblick

Die Territoriale Dimension ist weiterhin Kernbestandteil der EU-Strukturpolitik. Sie entscheidet darüber, ob EU-Förderung ab 2028 weiterhin als sichtbarer, wirksamer und europäisch begründeter Investitionsrahmen in Regionen, Städten und Gemeinden ankommt. Gerade vor dem Hintergrund einer stärker gebündelten Förderarchitektur, der geplanten Nationalen und Regionalen Partnerschaftspläne und einer stärkeren Ergebnisorientierung braucht es eine klare Absicherung ortsbezogener Ansätze. Vereinfachung, Flexibilität und strategische Bündelung können wichtige Fortschritte ermöglichen. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, dass regionale Unterschiede, lokale Handlungsspielräume und bewährte Partnerschaftsstrukturen an Bedeutung verlieren.

Eine zukunftsfähige EU-Strukturpolitik muss europäische Ziele mit territorialer Umsetzungskraft verbinden. Klimaanpassung, wirtschaftliche Transformation, Digitalisierung, Fachkräftesicherung, Daseinsvorsorge, soziale Infrastruktur, Mobilität und Wohnraumfragen stellen sich in unterschiedlichen Räumen jeweils anders. Sie können nicht allein über sektorale Förderlogiken beantwortet werden. Erforderlich sind integrierte Strategien, die räumliche Ausgangslagen, funktionale Verflechtungen, lokale Potenziale und besondere Unterstützungsbedarfe systematisch berücksichtigen. Nur so wird aus europäischer Förderung ein wirksamer Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen, regionaler Resilienz und territorialem Zusammenhalt.

Eine stärkere Bündelung der Förderinstrumente kann daher nur dann funktionieren, wenn sie nicht zu Zentralisierung, thematischer Verengung und dem Verlust lokaler Handlungsspielräume führt. Die künftige EU-Strukturpolitik sollte deshalb drei Prinzipien verbinden: erstens verbindliche territoriale Kapitel und finanziell belastbare Umsetzungsstrukturen in den NRPPs, zweitens starke integrierte Entwicklungsinstrumente mit breitem thematischem Spielraum und drittens eine ernsthafte Mehrebenen-Governance von der Programmierung über die Umsetzung bis zur Evaluation. Bundesländer, Regionen, Städte, Gemeinden und lokale Partnerschaften müssen als Träger von Wissen, Strategieentwicklung und Umsetzung eingebunden werden.

Die Territoriale Dimension bietet damit die Chance, die EU-Strukturpolitik ab 2028 stärker an den tatsächlichen Entwicklungsbedarfen Europas auszurichten. Sie kann Stadt und Land zusammendenken, funktionale Räume stärken, regionale Unterschiede abbauen und europäische Transformationsziele vor Ort wirksam machen. Dafür muss sie im künftigen Verordnungsrahmen, in den NRPPs und in der praktischen Umsetzung sichtbar, verbindlich und finanziell unterlegt bleiben. Nur dann bleibt die EU-Strukturpolitik ein Instrument, das europäischen Mehrwert nicht abstrakt behauptet, sondern in konkreten Investitionen, Partnerschaften und Verbesserungen vor Ort erfahrbar macht.

4
Literaturverzeichnis

Barca, Fabrizio (2009): **An Agenda for a Reformed Cohesion Policy. A place-based approach to meeting European Union challenges and expectations.** Brüssel. Abrufbar unter: https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2009_2014/documents/regi/dv/barca_report_/barca_report_en.pdf, (abgerufen am 24.06.2026).

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DV) (2024): **Die städtische Dimension in der EU-Strukturpolitik und Förderung in Deutschland. Überblick und Analyse der EU-Förderperiode 2021–2027.** Berlin. Abrufbar unter: https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/documents/Studien/2025-01-06_Bericht_Staedt-Dimension_Langfassung_DE_26.pdf, (abgerufen am 08.07.2026).

Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V. (DV) (2025): **Die territoriale Dimension der EU-Strukturpolitik in Deutschland. Analyse, Bewertung und Handlungsempfehlungen für die EU-Förderperiode 2028–2034.** Berlin. Abrufbar unter: https://www.deutscher-verband.org/fileadmin/user_upload/Territoriale_Dimension_DE.pdf, (abgerufen am 30.06.2026).

Europäische Kommission (2025): **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, einschließlich für die Europäische territoriale Zusammenarbeit (Interreg), und des Kohäsionsfonds als Teil des in der Verordnung (EU) […] [NRP] festgelegten Fonds und zur Festlegung von Bedingungen für die Durchführung der Unionsunterstützung für regionale Entwicklung für den Zeitraum von 2028 bis 2034.** COM(2025) 552 final, 2025/0238(COD), Brüssel, 16.07.2025. Abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=celex:52025PC0552, (abgerufen am 04.08.2026).

Europäische Kommission (2025): **Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Europäischen Fonds für wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt, Landwirtschaft und den ländlichen Raum, Fischerei und Meere, Wohlstand und Sicherheit für den Zeitraum 2028–2034 und zur Änderung der Verordnung (EU) 2023/955 und der Verordnung (EU, Euratom) 2024/2509.** COM(2025) 565 final, 2025/0240(COD), Brüssel, 16.07.2025. Abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:9a2cb6e6-6b76-11f0-bf4e-01aa75ed71a1.0010.02/DOC_1&format=PDF, (abgerufen am 04.08.2026).

Europäische Kommission / Joint Research Centre (JRC) (2026): **Integrated Territorial Development in Action. Publications Office of the European Union, Luxemburg.** Abrufbar unter: https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/handle/JRC145955, (abgerufen am 30.06.2026).

Europäische Kommission / Joint Research Centre (JRC) (o. J.): **STRAT-Board. Integrated territorial development strategies. Online-Datenbank zur Erfassung und Visualisierung integrierter territorialer Entwicklungsstrategien im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik.** Abrufbar unter: https://territorial.ec.europa.eu/sustainable-development/strategies/strat-board/?lng=en, (abgerufen am 10.08.2026).

IMPRESSUM

Herausgeber
Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V. (DV)
T: +49 30 206132-50 | www.deutscher-verband.org

INHALTLICHE BEARBEITUNG

Dr. Rene Peter Hohmann (DV) | Friederike Kamm (DV)

Gestaltung/Satz
VorSprung Design & Kommunikation | Nana Kühn
www.werbe-vorsprung.de

Bilder
magnific.com

Stand
September 2026

www.deutscher-verband.org